



Tarifstreit | Der Staatsrat erhöht den Taxpunktwert – und erntet Kritik

# «Schöneres Weihnachtsgeschenk erwartet...»



**Mehr Geld.** Ärzte und Spitäler sollen im Wallis laut der Regierung mehr Geld erhalten. Zufrieden ist trotzdem niemand.

FOTO KEYSTONE



HEROLD BIELER

## SITTEN | Der Staatsrat hat die definitiven Taxpunkt-werte für ambulante Leistungen der Walliser Spitäler und Kliniken sowie von Ärztinnen und Ärzten festgelegt. Die Spitäler verrechnen künftig zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung einen Taxpunkt-wert von 0.89 Franken und selbstständige Ärzte einen Taxpunkt-wert von 0.84 Franken.

Die Taxpunkt-werte werden kantonal geregelt. Wenn keine Tarifvereinbarung zwischen den Leistungserbringern und Versicherern abgeschlossen werden kann, muss die Kantonsregierung gemäss dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) einen Tarif festlegen. So passiert für 2017. Alle Parteien sowie der Preisüberwacher sind dabei angehört worden.

Nach Analyse der Tarifforderungen und der eingereichten Daten über die Kosten hat der Staatsrat die Tarife rückwirkend auf den 1. Januar 2017 festgesetzt. «Wir stützen uns auf die Tarifierungsgrundsätze des KVG wie die Wirtschaftlichkeit, die Kostentransparenz und die effiziente Leistungserbringung. Zwei Rappen finden wir aufgrund der Dokumente, die uns vorlagen, gerechtfertigt», begründet Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten.

### Sieben Millionen mehr an Krankenkassenprämien

Für die Walliser Kliniken und Spitäler ist der TAR-MED-Taxpunkt-wert auf 0.89 Franken festgelegt worden, dies sind zwei Rappen mehr als bisher. Der Taxpunkt-wert für die selbstständigen Ärz-

tinnen und Ärzte liegt neu bei 0.84 Franken, ebenfalls zwei Rappen höher als bisher.

Die Auswirkungen dieser Erhöhungen von zwei Rappen werden für die Walliser Kliniken und Spitäler auf circa 2,5 Millionen Franken und auf rund 4,5 Millionen Franken für die selbstständigen Ärztinnen und Ärzte geschätzt. Das Total der durch den Staatsrat vorgeschlagenen Erhöhungen zulasten der obligatorischen Krankenversicherung beläuft sich somit auf sieben Millionen Franken. Dieser Betrag muss durch die Krankenkassenprämien getragen werden.



**«Wir müssen aufpassen, dass wir die freischaffende Ärzteschaft nicht verlieren. Dann haben wir eine Staatsmedizin. Und das müssen wir verhindern»**

Monique Lehky Hagen

Die Ärzteschaft forderte bereits im September eine spürbare Erhöhung. Monique Lehky Hagen, Präsidentin der Walliser Ärztesellschaft, ist denn auch vom Entscheid enttäuscht, aber nicht überrascht: «Ich habe natürlich ein schöneres Weihnachtsge-

schenk erwartet. Gut ist, dass die Tarife nach oben gehen. Das heisst, unser Dossier ist sattelfest. Schlecht ist, dass die nicht spital-ambulante Versorgung im Wallis seit Jahrzehnten bewusst unterdrückt wird, von der Politik und den Versicherern. Uns fehlt die Lobby.» Der Entscheid tue weh und sei auch widersprüchlich: «Es wird eine falsche Milchbüchleinrechnung gemacht. Der politische Druck auf die Prämien ist hausgemacht. Man sollte einmal die politischen Entscheide hinterfragen. Diese führ(t)en zu den enormen Kosten. Das begann mit dem Ärztestopp und ging weiter mit der neuen Spitalfinanzierung. Jedes Jahr wird eine Milliarde Franken, welche vorher über die Zusatzversicherung gedeckt wurde, von den Kantonen und den Versicherern übernommen. Ich habe nie verstanden, warum die Kantone das akzeptieren.»

### «Zwei Rappen sind eine Premiere. Immerhin.»

Zeitgleich habe man die Prämienverbilligungen gekürzt, obwohl die Prämien immer weiter stiegen. Das gebe einen Druck auf das Volk. Es geht der Ärzteschaft nicht nur um höhere Taxpunkt-werte, sondern auch darum, dass sich die Ärzteschaft mehr engagieren könne. Eigentlich, so Lehky Hagen, müssten die Ärzte 92 Rappen erhalten. Die SUVA- und IV-Tarife seien ja auch so hoch. Und die verlangten ja korrekte Tarife. «Wir nehmen es zur Kenntnis, bedauern es aber sehr, dass man die historische Gelegenheit verpasst hat, das ambulante System anzugleichen. Zwei Rappen sind eine Premiere. Immerhin. Wir müssen aber jetzt die junge Generation holen, die wollen aber nicht 60, 70 oder noch



mehr Stunden arbeiten. Wir müssen aufpassen, dass wir die freischaffende Ärzteschaft nicht verlieren. Dann haben wir eine Staatsmedizin. Das müssen wir verhindern. Es geht nicht nur um Geld, sondern um den Erhalt der Unabhängigkeit der Medizin.»

Die Ärzteschaft will den Entscheid in Ruhe analysieren und dann entscheiden, ob man an die nächste Instanz weiterziehen will. Wie man die Tarifierhöhung rückwirkend abwickeln will, weiss Lehky Hagen auch nicht. Es werde aber sicher möglich sein, eine sinnvolle Lösung zu finden. Sie gibt auch die Hoffnung, dass man wieder eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Versicherern findet, nicht auf: «Ich habe bereits vor zwei Jahren einen runden Tisch vorgeschlagen. Wir müssen mit den Versicherern zusammensitzen. Ein kleiner Schritt ist gemacht, aber es braucht noch viel bis zu betriebswirtschaftlich korrekten Entscheiden.»

### «Mehrkosten von eher zehn Millionen»

Enttäuscht sind auch die Versicherer: «Der Entscheid des Walliser Staatsrates ist nicht wirtschaftlich und gegen die Prämien-

zahlerinnen und -zahler gerichtet», sagt Matthias Müller, Leiter Abteilung Politik und Kommunikation bei tarifsuisse ag. Aufgrund der Kostendaten des Kantons Wallis müsste deshalb laut tarifsuisse ag, die im Auftrag der dem Krankenkassenverband santésuisse angeschlossenen Krankenversicherer die Tarifverhandlungen führt, der Taxpunktwert für die Spitäler sogar gesenkt werden: «Für die Ärzte müsste laut den Tarifspezialisten von tarifsuisse ag der Taxpunktwert unverändert bleiben und dürfte nicht weiter erhöht werden.»

tarifsuisse ag geht bei den vom Walliser Staatsrat festgesetzten Taxpunktwerten von einem nicht wirtschaftlichen Tarif aus und prüft deshalb weitere mögliche Schritte. Schätzungen von tarifsuisse würden zeigen, so Müller, dass die Mehrkosten aufgrund des höheren Taxpunktwertes höher liegen werden als die vom Walliser Staatsrat kommunizierten sieben Millionen Franken. Müller geht davon aus, dass diese eher bei zehn Millionen Franken liegen werden. Diese ungerechtfertigten Mehrkosten gehen voll zulasten der Walliser Prämienzahlerinnen und -zahler.